

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069 u. sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 105.

Dienstag, den 7. Mai 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die sozialpolitische Bedeutung des Submissionswesens.

Das öffentliche Verdingungswesen und seine Regelung hat nicht nur eine weittragende wirtschaftliche, sondern auch eine erhebliche sozialpolitische Bedeutung. Wir wollen uns hier nur mit letzterer beschäftigen, und zwar auf Grund einer Veröffentlichung des Kaiserlichen Statistischen Amtes, Abteilung für Arbeiterstatistik, über „die Regelung der Arbeitsverhältnisse bei Vergebung öffentlicher Arbeiten.“

Den Gegenstand unserer Untersuchung bildet die Einwirkung des öffentlichen Verdingungswesens auf das Arbeitsverhältnis. Diese Einwirkung hat von jeher der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft und der sozialdemokratischen Partei stets die gebührende, kritische Beobachtung erfahren, während die Unternehmer die Frage der Regelung des Submissionswesens immer nur unter dem Gesichtspunkte ihrer wirtschaftlichen Interessen betrachtet und behandelt haben. Längst hat die organisierte Arbeiterschaft erkannt, daß das Submissionswesen, je nach der Art seiner Regelung, zu einer Verschlechterung oder zu einer Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse beizutragen vermag. Nichts natürlicher, als daß es ihr ständiges Bemühen gewesen ist, dem Submissionswesen eine solche Gestalt zu geben, daß mit ihm eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und nicht ein Druck auf die Arbeitsbedingungen bewirkt wird. Man beachte wohl, daß der Staat und die Gemeinde die größten Arbeitgeber in einer Volkswirtschaft sind. Die Art, wie sie das Arbeitsverhältnis regeln, ist nicht nur für die unmittelbar mit ihren Arbeiten beschäftigten Personen von Bedeutung, sondern die Privatunternehmer können nicht umhin, bis zu einem gewissen Grade die Anschauungen und Grundzüge, die für das Arbeitsverhältnis bei öffentlichen Arbeiten gelten, auch ihrerseits anzuerkennen und durchzuführen.

Es ist von nicht zu unterschätzendem Wert, daß das amtliche Werk ganz unumwunden sich zu der Einsicht bekennt, daß im Verdingungswesen leicht die Tendenz zum Druck auf das Arbeitsverhältnis gelegen ist. „Der Gewinn des Unternehmers, der bei Vergebung öffentlicher Arbeiten den Zuschlag z. B. auf Grund des Mindestgebots erhält, wächst, je mehr es ihm gelingt, bei Ausführung der übernommenen Arbeiten die Selbstkosten herabzusetzen. Unter diesen Selbstkosten ist die Arbeit — Arbeitszeit, Arbeitslohn — ein nicht unerheblicher Faktor. Die wirtschaftliche Tendenz geht also dahin, die Möglichkeit der Herabdrückung der Selbstkosten auch auf Kosten der Arbeitsbedingungen so auszunützen, daß der Gewinn die mögliche Höhe erreicht. Verstärkt wird diese Tendenz, wo für die Verdingung das Prinzip gilt, den Mindestbietenden den Zuschlag zu erteilen.“

So ungefähr hat die organisierte Arbeiterschaft und die böse Sozialdemokratie unter dem Widerspruch des Unternehmertums stets argumentiert, und so erklärt jetzt auch das Kaiserliche Statistische Amt. Es hätte hinzufügen können, daß dieses Submissionswesen auch zum Beitrag am öffentlichen Wesen führt, daß es, besonders im Bauwesen, zu unsolider, schlechter Arbeit verleitet und zugleich eine erhebliche Steigerung der Unfallgefahr bewirkt, Tatsachen, die von Seiten der Arbeiter, ihrer Presse und ihrer Vertreter in den Parlamenten wer weiß wie oft dargelegt worden sind.

Das amtliche Werk erkennt auch an, daß die Arbeiterorganisation, der auf ihr Betreiben erfolgte Abschluß von Tarifverträgen „und manches andere“ ein sehr starkes Hindernis gegen die Ausnützung der oben geschilderten Tendenz geschaffen haben.

Die hier liegenden Probleme, gerade soweit sie den Einfluß des Submissionswesens auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses zum Gegenstande haben, erscheinen dem Kaiserlich Statistischen Amt so bedeutend, daß es von der Abteilung für Arbeiterstatistik das Tatsachenmaterial sammeln ließ, um dasselbe im Rahmen einer wissenschaftlichen Abhandlung zur Darstellung zu bringen.

Der Bericht weist auf die bekannte Tatsache hin, daß die ersten Versuche, Sicherungen dagegen zu schaffen, daß das Submissionswesen nicht zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führt, in Großbritannien sich finden. Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden dort sowohl von Arbeitern wie von Unternehmern Klagen erhoben, daß das Submissionswesen der Regierung

stark zu der Entstehung und Ausbreitung des Schwigsystems beitrage. Es schloß sich daran eine Agitation der Gewerksvereine, die darauf hinariefte, die von den Arbeiterorganisationen aufgestellten Normallöhne auch für die Submissionsarbeiten zur Geltung zu bringen. Diese Bestrebungen blieben jedoch erfolglos, bis im Jahre 1888 die vom Oberhaus eingesetzte Kommission ihre Untersuchung über das Schwigsystem anstellte. Die Untersuchung bestätigte, daß das Submissionsverfahren der Regierung wesentlich zur Entstehung und Verbreitung des Schwigsystems beigetragen hatte und daß dadurch nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer und der Staat geschädigt worden waren. Die Kommission sprach aus, es sei notwendig, daß die öffentlichen Körperschaften alle möglichen Maßregeln treffen, um gerechte und annehmbare Arbeitsbedingungen bei Vergebung öffentlicher Arbeiten zu sichern.“ Die Londoner Schulbehörde war die erste öffentliche Körperschaft, die dieser Anregung nach im selben Jahre folgte; schon 1889 folgte der damals eingerichtete Grafschaftsrat und 1891 nahm das Unterhaus folgenden Beschluß, die sogenannte „fair-wages-Resolution“ an:

„Das Haus hält es für eine Pflicht der Regierung, in allen Regierungsverträgen Vorsichtsmaßregeln gegen die Schäden zu treffen, die kürzlich von der Schwigkommission zu Tage gefördert wurden; Bedingungen sind in alle Regierungsverträge einzufügen, welche die Mißbräuche, die sich auch aus Absterbungen ergeben, verhüten und welche den Arbeitern einen Lohn sichern, der für tüchtige Arbeiter allgemein als normal in dem betreffenden Gewerbe anerkannt wird.“

Dieser Resolution haben die staatlichen Behörden Englands in der folgenden Zeit Rechnung getragen. Und die Ortsbehörden sind diesem Beispiel gefolgt. Das nunmehr in England geltende System wird dadurch charakterisiert, daß entsprechend dem Sinne der fair-wages-Klausel die zu zahlenden Löhne nicht von der die Arbeit vergebenden Behörde festgesetzt werden; es sind vielmehr die „berufsmäßigen“, die Tariflöhne, oder wo solche fehlen, die Gewerkschaftslöhne als „Standardlöhne“ angenommen.

Der Bericht des Kaiserlichen Statistischen Amtes konstatiert, daß das mit dieser Einrichtung verknüpfte Prinzip, einen Druck auf den allgemein geltenden Lohnsatz zu verhindern, sich bewährt hat.

Eine ähnliche Entwicklung zu einer positiven Politik des Arbeiterschutzes und des Lohnschutzes innerhalb des Submissionswesens hat sich in den englischen Kolonien, in Frankreich, Belgien, Holland, Italien, Österreich, den Vereinigten Staaten vollzogen; in der Schweiz sind die Anfänge dazu gemacht worden.

Ganz geringe Ansätze erst finden wir in Deutschland. Hier hat, wie auch im Ausland, das Submissionswesen sich aus rein fiskalischen und ökonomischen Gesichtspunkten entwickelt und zu einem unhaltbaren, besonders für die Arbeiter höchst nachteiligen System entwickelt. Dem englischen Vorbild folgend ging im Jahre 1903 die württembergische Regierung dazu über, eine Bestimmung zu erlassen, wonach Angebote, „die von Unternehmern, in deren Betrieben eine über das übliche Maß erheblich hinausgehende Arbeitszeit eingehalten wird, oder die Löhne unter den in dem Gewerbe sonst üblichen Durchschnittslöhnen erheblich zurückstehen“, an die durch Tarifgemeinschaften oder zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer festgestellten Arbeitsbedingungen gebunden sind.

Einige Stadtverwaltungen in Süddeutschland sind in der gleichen Richtung schon weiter gegangen. So setzen Straßburg i. E. und Mühlhausen die zu zahlenden Löhne selbst fest. Andere Städte, München, Augsburg, Fürth, Ludwigshafen, Karlsruhe, Pforzheim, Frankfurt a. M., schließen die Unternehmer, die nicht die orts- und berufsüblichen Löhne zahlen, von der Submission aus, und zumeist verpflichten sie die Submittenten, die im Gewerbe und für den Ort bestehenden Abmachungen der Tarifgemeinschaft zu berücksichtigen.

Preußen ist auch auf diesem sozialpolitischen Gebiete, wie auf so manch anderem rückständig geblieben. Ebenso Lübeck, Hamburg und alle anderen norddeutschen Staaten. Darauf, daß die Reichsregierung veranlaßt werde, die von ihren Behörden abzuschließenden Submissionsverträge nach dem englischen Vorbilde zu gestalten, ist von Seiten der Sozialdemokraten im Reichstage mehrfach vergeblich hingewirkt worden. Vielleicht gewinnt die Regierung aus dem Studium des Werkes der Kommission für Arbeiterstatistik die Überzeugung, daß sie die moralische Verpflichtung hat, endlich einmal energisch mit gutem Beispiel voranzugehen. Zwar ist es richtig, was am Schlusse

der Abhandlung gesagt wird, daß da, wo große Verbände bestehen — wie der deutsche Metallarbeiterverband mit 330 000, der deutsche Maurerverband mit mehr als 200 000 Mitgliedern — die Regulierung der Arbeitsverhältnisse zum größten Teil durch die Selbsthilfe erfolgen kann. Das schließt aber die Notwendigkeit genereller Regelung der Arbeitsverhältnisse bei Vergebung öffentlicher Arbeiten nicht aus. Diese Regelung ist unter allen Umständen geboten; sie vermag jedenfalls manchen Kampf zwischen Arbeiterorganisation und Unternehmerorganisation um die Arbeitsbedingungen zu verhindern. Freilich gehört dazu die faktische Anerkennung der Arbeiterorganisation als gleichberechtigter Vertragsfaktor neben der Unternehmerkoalition. Daß dieser Anerkennung nur ein kleiner Teil des Unternehmertums geneigt ist, daß selbst die öffentlichen Gewalten ihr immer noch widerstreben, ist ohne Zweifel eines der schwersten Hindernisse, die der Reform, mit der wir uns hier beschäftigen, entgegenstehen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag, dessen zweites Vizepräsidentium Mustergreis kämpf niedergelegt hat, setzte gestern das unanständige Werk der Etatsdurchprüfung fort. Vorher wurde der Ergänzungsetat, der den mittleren und Unterbeamten ein armfüßiges, kärgliches Almosen bringt, an die Budgetkommission verwiesen. Genosse Singer betonte die Notwendigkeit, auch für die Arbeiter in Reichsbetrieben etwas zu tun. Beim Etat für Kamerun gab die Rede des Herrn Kopsch die tröstliche Gewißheit, daß der Eintritt in den Kassenblock den Freisinn wenigstens nicht auf Jesko von Puttkamerun verpflichtet hat. Die unerhörte Prozeßführung in Sachen des Cousinengouverneurs wurde vom Genossen Bebel gebührend beleuchtet. Derburg stellte in gewundenen Worten so etwas wie ein Wiedernahmeverfahren in Aussicht. — Beim Etat der Reichseisenbahnen erwies sich gegenüber den wichtigen Anklagen der Genossen Böhle und Emmel der neugebackene Eisenbahnminister Breitenbach als vollkommener Buddist und wütender Feind des Koalitionsrechts der Arbeiter. Der zweimalige Versuch des Genossen Bebel, die noch in später Stunde vom Block unter Führung des seiner würdigen heiligen Paasche vorgenommene Durchprüfung des Marineetats zu verhindern, scheiterte an der eisensternen Rücksichtslosigkeit der Hottentottenrotte, von der nur ein paar Freisinnige sich abzusplittern das genügende Schamgefühl besaßen. Die Rede des Genossen Zubeil über die Werkstarbeiterverhältnisse, speziell in Danzig, wurde wieder von der Rechten durch Brüllen und Wiehern zu hindern versucht. St. Paasche erklärte die Laute seiner Wähler nicht unterdrücken zu können, worauf Zubeil mit großer Kaltblütigkeit sich selbst Ruhe zu verschaffen suchte. Um 8 Uhr trat infolge Beschlunfähigkeit des Hauses Ver- tagung ein.

Wo blieb die halbe Million des Flottenvereins? Ein Pastor Eugen Müller hat unserem Rostocker Parteiorgan höchst interessante Mitteilungen gemacht, die vordem im liberalen Verein zu Rostock zur Sprache gebracht wurden. Der Pastor schreibt der „Mecklenburgischen Volkszeitung“:

Er (der Flottenverein) hat 1906 906 706 Mitglieder gezählt und eine Einnahme von 528 152 Mk. gehabt. Von dieser halben Million sind für Flottenzwecke nur 8730 Mk. für China, 3615 Mk. für Südwestafrika und 800 Mk. für das Seemannsheim in Lübeck und Stettin, in Summa 13 145 Mk. verwendet. Wo sind die übrigen 515 077 Mk. geblieben? Die sind für die Gehälter der Vorstandsmitglieder und für die Agitation Reims gegen das Zentrum draufgegangen. Hört zu! Rechnungsrat Nibel, Vorsitzender des Rostocker Vereins, bekommt 2000 Mk., wie mir Herr Haseler aus Schwerin geschrieben hat, denn es ist statutenmäßig. Der Diener des Vereins bekommt 500 Mk., wie er mir selbst gesagt hat. Der Kassierer bekommt auch Gehalt, wie ein Vorstandsmitglied gesagt hat, also doch gewiß mehr als 500 Mark. Auch der Bibliothekar wird Gehalt bekommen. Ebenso wird es in allen anderen Zweigvereinen hergehen. Welche Unsummen kostet das! Ferner hat die Agitation Reims gegen das Zentrum Anjummen verschlungen. Denn ich allein habe 150 ziemlich dicke Brotschären zur Verteilung bekommen. Wenn nun jedes Mitglied auch so viel bekommen hat, so macht das eine Unsumme. Und zu dieser enormen Ausgabe war das Präsidium in Berlin durchaus nicht berechtigt. Denn statutenmäßig ist der Flottenverein als politischer Verein ein politischer Verein. Dagegen ist Reim noch immer Mitglied des Vorstandes in Berlin.

*) 6. Band der Beiträge zur Arbeiterstatistik. 400 Seiten. Berlin, Carl Hermanns Verlag.

Man hat der Rostocker Verein im „Rostocker Anzeiger“ am 23. April eine Rechnung veröffentlicht, die für 1906 für Mecklenburg nur 3000 Mk. Ausgabe stipuliert. Das muß ein Irrtum sein. Denn schon die Gehälter der Beamten machen mehr. Vielleicht hängt die Sache zusammen: Derjenige, welcher mir bestätigte, daß Vorsitzender Kiedel 2000 Mk. bekomme, verriet mir auch, daß Mecklenburg jährlich 8000 Mk. Zuschuß vom Zentralverein Deutschlands bekomme. Also Mecklenburg hat 9000 Mk. Einnahme, schickt 8000 nach Berlin, verbraucht 8000, erhält aber von Berlin 8000 Mk. Zuschuß, also gibt in der Tat 11 000 Mark aus. So steht die Sache!

Außerdem ist die Leitung in allen Vereinen in konservativer Hand und kann bei dem vertrackten Wahlmodus nie in liberale Hand kommen.

Jetzt ist eine Reise nach dem Mittelmeer geplant, welche die Vorstände wahrscheinlich umsonst mitmachen dürfen, die Untertanen aber teuer bezahlen müssen. Darum mein Rat: Alle ihr liberalen Männer, tretet schleunigst aus dem Flottenverein aus, dann seid ihr sicher, daß ihr nicht die Taschen der konservativen Vorstände füllt. Nach Veröffentlichung dies in diesem Blatte, das nicht meiner Partei angehört, weil die „Rostocker Ztg.“ von meiner Eröffnung über den Flottenverein im liberalen Verein am Sonnabend nicht eine Silbe gebracht hat.

Das sind ja sehr nette Enthüllungen. Vielleicht veranlassen die „Post“ und andere mit dem Flottenverein stützte Blätter eine genaue öffentliche Rechenschaftsablegung des Vereins! Da sie sich ja so sehr für die Rechnungsabklärung der sozialdemokratischen Parteikasse interessieren, dürfte im Falle des Flottenvereins ihre Neugierde sicher noch größer sein!

Zwei koloniale Ergänzungsetats sind am Sonnabend dem Reichstage zugegangen. Danach soll die Schutztruppe vom 1. Oktober 1907 ab rund 4000 Mann betragen, außerdem soll die Polizeitruppe um zirka 1000 Mann verstärkt werden, darunter 250 farbige Wachenleute und Polizisten. — Das ist ein ganz hübscher Anfang für eine Kolonialarmee.

Die „Ehre“ Lieberts ist „gerettet“. Vor dem Leipziger Schöffengericht wurde gestern ein Beleidigungsprozess mit politischem Hintergrund verhandelt. Bei der letzten Reichstagswahl siegte im 14. sächsischen Wahlkreis der Vorsitzende des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie, Liebert, gegen den Redakteur Genossen Schöpflin. Dieser veröffentlichte dann in der „Muldenthaler Volkszeitung“ eine Notiz, in der es hieß, daß jetzt leider nicht mehr die rote Fahne der Sozialdemokratie über dem Wahlkreise schwebt, sondern der Schmutzklappen des Hottentottenblocks. Auf Grund dieser Notiz erhob der Abgeordnete Liebert in einer der jüngsten Reichstagsitzungen gegen Schöpflin den Vorwurf, daß er die Reichsfahne einen Schmutzklappen genannt habe, d. h. schwer beschimpft habe. Schöpflin bestritt energisch, daß in jener Notiz die Reichsfahne gemeint sei, und beschuldigte Liebert öffentlich der Lüge. Daraufhin strengte Liebert die Beleidigungsklage an. Schöpflin führte in der Verhandlung aus, daß er die Reichsfahne nicht gemeint haben könne, da das Reich im Wahlkampfe keine Rolle spiele, sondern es sich nur um einen Kampf der Parteien gegeneinander handle. Das Gericht verurteilte Schöpflin trotzdem zu 400 Mk. Geldstrafe oder 40 Tagen Gefängnis unter Auflegung der Kosten des Verfahrens. Es sei nicht erwiesen, daß der Privatkläger wissentlich die Unwahrheit gesagt habe; die Behauptung, daß der Privatkläger ein privater Lügner sei, falle daher nicht unter den Schutz des § 193. — Wie wohl das Urteil ausgefallen wäre, wenn Liebert anstelle Schöpflins auf der Anklagebank gesessen hätte??

Die „Seldentat“ eines deutschen Gouverneurs beschäftigte Sonnabend die Disziplinarkammer für die Schutzgebiete. Angeklagt war der Gouverneur Horn von Logo. Derselbe hatte im Frühjahr 1903 den etwa 17jährigen Negerjüngling Sedu, weil er eine Kassette gestohlen hatte, an einen Flaggenmast derartig fesseln lassen, daß Sedu, nachdem er 24 Stunden an demselben befestigt war, verstarb. Das Urteil gegen diesen Kolonialhelden lautete auf Amnestiierung; jedoch erhält Horn zeitweilig 2/3 seiner ihm zustehenden Pension. — Dieses Urteil wird zweifellos auch bei nichtsozialdemokratischen Wählern Kopfschütteln erregen. Wir kommen noch auf den Prozeß zurück.

Wai Tenzel! Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Wommsen brüht sich in einer Zuschrift an das „Berl. Tagebl.“ noch damit, daß er am Sonnabend in der Reichstagsdebatte dafür gestimmt habe, daß dem Abg. Ledebour das Wort entzogen werde. — Und ein solcher Mann nennt sich stolz ein Freisinniger! Ist denn bei diesen Leuten wirklich schon alle Scham zu den Hunden entflohen?

Ein Nachspiel zum Prozeß Puttkamer. Die Affäre Puttkamer zieht weitere Kreise. Frau von Gernat, geb. Eke, hat in einem offenen Briefe die Anschuldigungen, die der öffentliche Ankläger im Disziplinarverfahren gegen Puttkamer, Kammergerichtsrat Kleine, in seinem Plaidoyer gegen sie erhoben hat, als ungerechtfertigt bezeichnet und nunmehr ihren Rechtsbeistand beauftragt, gegen Kleine die Klage wegen Verleumdung und Beleidigung einzureichen. Das kann ja noch gut werden!

Der unentwegte Wahrheitshaffer. Als solcher hat sich der Reichslügenverband auch in seinen jüngsten Erklärungen über seine angebliche Nichtmitwirkung bei der Wahl in Glaucau-Meerane erwiesen. Wie es damit in Wirklichkeit steht, darüber wird dem „Vorwärts“ berichtet: Die Flugblätter der Gegner, die ganz in Reichsverbandsmannier gehalten waren, strotzten vor Verleumdungen der Sozialdemokratie; alles, was der Schwindelverband bei den Januarwahlen zusammengeklappt hat, das kam hier wieder zum Vorschein, selbst die nummerierten Flugblätter des Reichsverbandes sind im Wahlkreis verteilt worden, sie tragen das Impressum: Verlag des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie — — dennoch wird frechweg geleugnet, daß der Verband mit der Wahl irgend etwas zu tun gehabt habe! Richtig ist, die Lügenapostel des Reichsverbandes waren ferngeblieben, dafür hatte der „Nationale Ausschuss“ in Dresden gleichwertigen Ersatz geleistet. Wie

will der Lügenverband es erklären, daß seine Flugblätter dort verteilt worden sind, ja daß die Wahltechnik des Verbandes bis ins kleinste dort zur Anwendung gelangt war? Sogar soweit, daß am Tage vor der Wahl die bürgerliche Presse die sattem bekannte Warnung vor gefälschten Stimzetteln brachte, die natürlich in Glaucau-Meerane genau so wenig existierten als wie in den anderen Wahlkreisen, von denen man dies bei den Januarwahlen behauptet hatte. Die „Verbands-Korrespondenz“ redet sich nun darauf hinaus, daß die Entsendung von Rednern allerdings auch gar nicht möglich gewesen wäre, weil die sozialdemokratische Wahlkreisleitung beschlossen hatte, in den Versammlungen den Reichsverbändlern das Wort nicht zu erteilen. Das ist auch der einzig wahre Grund, weshalb die bekannte Schwindelgarde diesmal das Feld den Kollegen vom „Nationalen Ausschuss“ überließ. Man behauptet, daß dies aus Angst vor den Reichsverbändlern geschehen sei. Was sich diese Sippe nicht alles einbildet! Nicht aus Angst vor den Birtlosen der Lüge ist dieser Beschluß gefaßt worden, sondern lediglich deshalb, weil man uns doch nicht im Ernste zumuten kann, daß wir unsere Versammlungen zum Tummelplatz einer Anzahl Krakeeler machen lassen, die aus der Verleumdung der Sozialdemokratie ein Geschäft machen. Unsere Versammlungen standen wie stets, so auch bei dieser Wahl, jedem politischen Gegner offen, hat doch der nationalliberale Kandidat Dr. Claus in jeder Versammlung, in der Volkenkuhr sprach, das Wort ergriffen, und zwar ihm stets unbeschränkte Redefreiheit eingeräumt. Nicht nur Dr. Claus, auch die anderen nationalen Redner bekamen das Wort, so zum Beispiel der nationalliberale Generalsekretär Dr. Westermann aus Leipzig. Es ist direkt erlogen, daß, wie die Schwindelkorrespondenz behauptet, immer erst einige Sozialdemokraten das Wort nahmen, so daß der Gegner erst zu mitternächtiger Stunde zum Wort kommen konnte. Im Gegenteil, dem bei uns üblichen Brauche folgend, sind stets nach unserem Referenten die Gegner eingeladen worden, das Wort zu ergreifen und sie haben dann auch den ausgiebigsten Gebrauch davon gemacht. Dagegen haben die Gegner uns in ihren Versammlungen keineswegs freie Diskussion gestattet, vielmehr bot man dem ersten Redner eine Redezeit von einer halben Stunde an, jeder folgende Redner sollte nur eine Redezeit von zehn Minuten bekommen. Natürlich galt diese Einschränkung nur für sozialdemokratische Redner. Wie sehr der Reichsverband die Wahrheit haßt, das geht besonders aus einem Passus in dem Brandartikel hervor, wo in bezug auf den „Redakteur“ Müller gesagt wird: „Und als dieser Herr wiederholt den Versuch machte, in dieser und jener sozialdemokratischen Versammlung zu Worte zu kommen, da mußte er schließlich am letzten Tage in einer Versammlung in Hohenstein = Ernstal am eigenen Leibe erkennen, wie die geistigen Waffen der großen Partei, die sich annahm, die Menschheit auf die höchsten Höhen der Kultur emporzuführen zu wollen, in Wirklichkeit beschaffen sind — — Steinwürfe in den Rücken, Fußtritte gegen das Bein, so zwar, daß Herr Müller sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte.“ — Um einer Legendenbildung vorzubeugen, sei festgestellt, daß dieser angeblich so schwer verletzte Müller gleich nach dem angezogenen Vorgang im Wartesaal des Bahnhofes „patriotische“ Lieder mit brüllte. Um ärztliche Behandlung aufsuchen zu müssen, dazu hätte die Zeit, zwischen dem Schluß der Versammlung und dem patriotischen Krakeel auf dem Bahnhofe gar nicht hingereicht — — die Geschichte mit dem schwer mißhandelten Müller ist also ein unverfälschter Reichsverbandsschwindel.

Schaden und Spott. Als der Liberalismus kurz nach den Hottentottenwahlen in den Reichstag einzog, sah er das Dach voller Tauben sitzen und war heiß voll freudiger Erwartung, daß sie ihm in der Ara des liberalen Schlaraffenlandes gleich gebraten ins Maul fliegen würden. In wenigen Tagen wird der Reichstag verlagert. Aber statt der gebratenen Tauben im Magen hat der Liberalismus nur einen dazu recht arbeitsfertigen Sperling in der Hand: den Gesetzentwurf über die Bestrafung von Majestätsbeleidigungen, und betrachtet ihn mit sehr gemischten Gefühlen. Kein Wunder, daß sie an den Waffern Bahnlons sitzen und klagen, die liberalen Helden vom 25. Januar, kein Wunder, daß die „Berliner Börsenzeitung“ nationalliberalen Geblüts jammert: der liberale Teil des Blocks, welcher bei den Wahlen dem Lockruf des Fürsten Bülow gefolgt sei, habe die Erfahrung machen müssen, daß das Sprichwort: Gut Ding will Weile haben, auch für die Linke gelte. Was dem Reichstag in den letzten Tagen an Vorlagen zugegangen sei, bringe den Liberalen im Grunde genommen nur eine einzige Abschlagszahlung. Nämlich den Entwurf über Abänderung des Majestätsbeleidigungsparagraphen. Darüber hinaus aber seien den Liberalen Zugeständnisse, wie sie auf Grund des Paarungsgebänkens bei den letzten Wahlen hätten erwartet werden dürfen, noch nicht gemacht worden. Ueber diesen liberalen Kummer innerlich entzückt, weist die „Kreuzzeitung“ im Gouvernements den ungeduldbigen Küpel zurecht. Dieses fortwährende Drängen der Nationalliberalen nach Belohnung für ihr nationales Verhalten bei den Wahlen begünne einen recht peinlichen Eindruck zu machen:

„Wie wenig taktvoll ist doch die Andeutung, daß der liberale Teil des Blocks bei den Wahlen dem Lockruf des Fürsten Bülow gefolgt sei. Unser Meinung nach haben doch die Liberalen wie die übrigen „Blockparteien“ nichts weiter wie ihre nationale Schuldigkeit getan, als sie eine Frontstellung gegen die Sozialdemokratie einnahmen. Zu ihrer Bekämpfung der Zentrumspartei hätte die Linke unseres Erachtens überhaupt eines Lockrufs gar nicht bedurft. Es ist also nicht ganz richtig, wenn jetzt liberalerseits behauptet wird, der liberale Teil des Blocks hätte nur dem Fürsten Bülow zuliebe und gestützt auf Konzeptionsverprechungen bei den Wahlen sich so, wie geschehen, verhalten. Erst nach den Wahlen ist der Linken das Hochgefühl ihrer Unentbehrlichkeit gekommen und in diesem Hochgefühl vergißt sie ganz, daß der Reichstangler es in bezug auf die sogenannte Blockpolitik nicht ausschließlich mit dem Linken, sondern auch mit dem rechten gleichartigen Teile des Blocks zu tun hat.“

Das ist blanker Hohn! Denn während der Wahlen gab die „Konservative Korrespondenz“ selber die Parole aus: gesunder Parteigoismus sei die einzige brauchbare Richtschnur. Von dem Herummirakeln mit der nationalen Ehre dürfe man sich nicht verblöden lassen. Und nun die Junker die Wechsel auf eine Sunkerära in der Tasche haben und Bülowen als agrarischer Kanzler willfährig über den Stock gehopft ist, den sie ihm vorgehalten, rufen sie den Liberalen zu: Was wollt ihr denn? Ihr habt also mit der nationalen Ehre Schacher treiben wollen? Was ihr getan, war doch nur eure ganz verdamnte nationale Pflicht und Schuldigkeit! — Das Sunkerblatt weist nämlich ganz genau, wozu allerdings nicht viel politische Einsicht gehört, daß es nur die „nationale“ Pflicht der Selbsterhaltung für den vertrackenden Liberalismus war, wenn er eifrig diesen urreaktionären Reichstag schaffte half. Der Liberalismus hat bei den Wahlen in einer Zwangslage gehandelt. Und deshalb muß der arme Tropf in den Himmel gaffen und sehen, wie eine seiner Tauben nach der andern davonfliegt und braucht zu dem Schaden für den Spott nicht zu sorgen.

Für Südwest-Afrika. Der Bundesrat genehmigte einen neuen Ergänzungsetat mit einer großen Reihe von Forderungen für Südwestafrika. — Diese große Reihe neuer Forderungen kommen also zu denen, die den Reichstag schon jetzt beschäftigen!

In den Wahlen des Vereinsgesetzes hat sich der Zentrumsabgeordnete Dr. Müller-Fulda gefangen. Wie die Frankfurter „Kleine Presse“ aus Bad Orb meldet, wurde vom dortigen Schöffengericht Müller-Fulda wegen Übertretung der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes zu einer Geldstrafe von 15 Mk. verurteilt. Müller hatte am Morgen des Stichwahltages (5. Februar) in Wirtsheim Kreis Gelnhausen die Stichwahlparole ausgegeben, das Zentrum habe kein Interesse daran, daß der Nationalliberale gewählt werde. Nach Ansicht des Gerichts handelte es sich dabei um eine „Versammlung“, in welcher politische Angelegenheiten erörtert wurden und die deswegen der Anmeldung bedürftig hätte. Wenn Dr. Müller zur Wahl des Nationalliberalen aufgefordert hätte, wäre er dann auch angeklagt worden? In Hanau-Gelnhausen hat bekanntlich unser Genosse Hoch in der Stichwahl gestegt.

Die lieben Arbeitswilligen. In der württembergischen Abgeordneten Kammer kam es zu einer Auseinandersetzung über die Arbeitswilligen. Bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wurde auch die Frage erörtert, ob die bisher städtische Polizei von Stuttgart nach preussischer Art zur „königlichen“ gemacht werden solle. Hierbei führte der nationalliberale Abgeordnete Kübel aus, ein größerer Schutz der Arbeitswilligen sei notwendig. Die kleinen Meister vom Lande, die von auswärts nach Stuttgart kommen, müßten schon nach kurzer Zeit wieder abreißen, weil sie hier ihres Lebens nicht fähig seien. Darauf entgegnete unser Parteigenosse Natutat, ein weitergehender Schutz der Arbeitswilligen sei keineswegs notwendig. Das seien meistens Leute, die nur in Fällen von Streik arbeiten. Wenn von Arbeit ein Boykott verhängt werde, dann werde nicht eingeschrien, wenn aber streikende Arbeiter Zugang fern halten, dann schreite die Polizei ein. Auch der Zentrumsabgeordnete Andre erklärte, daß den Arbeitswilligen jetzt schon ein hinreichender Schutz gewährt werde. Von den Kartellen und Syndikaten der Unternehmer werde ein viel größerer Terrorismus ausgeübt, als von ausländischen Arbeitern. — Es ist erfreulich, daß endlich auch ein bürgerlicher Abgeordneter einmal ausgesprochen hat, was von der Terrorismusklage zu halten ist.

Frankreich. Das Ministerium. Wie offiziöse Depeschen zu melden wußten, soll sich das gesamte Kabinett noch am Freitag mit seinem Chef, Herrn Clemenceau, in völliger Übereinstimmung befunden haben. Nach neueren Meldungen ist's mit der „völligen Übereinstimmung“ minder gut bestellt. So besagt z. B. ein Telegramm:

Mehrfach wird gemeldet, daß die sozialistischen Minister Briand und Viviani den vom Ministerpräsidenten Clemenceau verfaßten Gesetzentwurf zur Unterdrückung der politischen Treibereien des Allgemeinen Arbeitsverbandes in überaus scharfer Weise bekämpft haben. Die beiden Minister hätten sogar erklärt, daß es ihnen unumgänglich sein würde, länger im Kabinett zu verbleiben, wenn das Gesetz von 1884, betreffend die Arbeiterindukate, angefaßt und die Freiheit der Syndikate beeinträchtigt würde. In einem kürzlich abgehaltenen Ministerrat wurde dem auch offiziöser Bekanntheit zufolge beschloffen, den Gesetzentwurf Clemenceaus einer weiteren Prüfung zu unterziehen. In Wirklichkeit glaubt man, daß Clemenceau seinen Gesetzentwurf vollständig zurückziehen wird.

In dieser Depesche ist die andere Frage, die eine gründliche Auseinandersetzung mit dem Ministerium erheischt, die Frage der Beamten-Maßregelungen, nicht einmal erwähnt, obwohl doch auch sie noch zu Auseinandersetzungen im Lande und in der Kammer führen dürfte. Daß die Situation jedenfalls nicht ganz so einfach und harmlos ist, wie man's darstellen möchte, geht aus der Tatsache hervor, daß für Sonnabend, den 4. Mai, wiederum ein Ministerrat einberufen war, dem der Präsident der Republik vorfaß.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 7. Mai.
Zugung von Fischlern, Drechslern, Maschinern und Eisdarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.
Die Streikleitung.
Achtung, Polzarbeiter! Zugung nach Mölln (Lauenburg) ist fernzuhalten.
Trabanten. Gesperrt für Bauarbeiter ist das Geschäft von Schrömann.
Eine neue Verleumdung der Sozialdemokratie bringt die vom Reichslügenverband ausgehaltene Presse, zu der auch die „Lübeckischen Anzeigen“ gehören; dort konnte man dieser Tage folgende Notiz finden:
Die Maifeier der Unentwegten. Dem „Hamb. Nachr.“ war aus München folgender Nachklang von der Maifeier berichtet worden: „Am 1. Mai mittags

Henry Minde
 Frieda Minde geb. Koch
 Vermählte.
 Für erw. Aufmerksamkeit danken herzl. D. D.
 Lübeck, im Mai 1907.
 Am Sonnabend, den 3. Mai, abends 12 1/2
 Uhr entschlief nach kurzer schwerer Krankheit
 unser kleiner **Willy** im Alter von 1 Jahr
 4 Monaten.
 Tief betrauert und schmerzhaft vermisst
 von seinen Eltern, Großeltern u. Geschwistern
Johannes Schunck u. Frau Anna
 geb. Staack.

Fremdl. möbl. Zimmer
 zu vermieten Segebergstraße 14, III.

Wohnung zu vermieten
 Preis 160 Mk. Marktstraße 27.

Per sofort
ein Hausbursche
 nicht unter 14 Jahren, bei gutem Lohn
 gesucht, Kost und Logis im Hause.
A. F. Römling,
 Marienstraße 16.

Zu sofort gesucht
kräftiger Laufbursche
T. Buhrmann, Poststr. 23.

Ein tüchtiger Hausdiener
 bei gutem Wochenlohn und Pension gesucht.
 Blücherstraße 20.

Ein aufrechtstehendes **Klavier billig.**
 Johannisstraße 17/19, pt. I.

Minder Zufällig billig zu verkaufen
 Glognitzstraße 17, II.

2 Zugänger zu verkaufen
 Bülowstraße 1 (vorm Burgtor).

Entflogen ein Paar schwarze **Marlotten.**
 Abzug gegen 3 Mk. Belohn. Adlerstraße 38.

Herren-Anzüge
 modernster Stoffe und in größter Aus-
 wahl von 10, 13, 15, 18, 20-38 Mark

Jünglings- und Knaben-Anzüge
 zu enorm billigen Preisen

1 Posten Arbeitshosen
 1 Mk. 80 Pfg.

H. Bössel,
 Süßstraße 37.

Achtung Maurer!
Mitglieder-
Versammlung
 am Mittwoch, 8. Mai,
 abends 8 1/2 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.
 Tages-Ordnung:
 1. Zimere Verbandsangelegenheiten.
 2. Abrechnung vom ersten Quartal.
 3. Bericht der Tarifkommission.
 4. Verschiedenes.
 Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das
 Erscheinen der Mitglieder notwendig.
Der Vorstand
 NB. Mitglieder, die Mitgliedskarten ent-
 nommen haben, müssen diese bestimmt zur
 Versammlung abliefern.
 Ebenfalls müssen die Baubelegierten die
 Listen abliefern.

Zentral-Berband der Fleischer
 und Berufsgenossen Deutschlands.
 (Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder-
Versammlung
 am Donnerstag, 9. Mai,
 nachm. 4 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.
 Tages-Ordnung wird in der Versammlung
 bekannt gemacht.
 Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist
 dringend erforderlich.
Der Vorstand

Verein für Gesundheitspflege
 und Naturheilkunde.

Monats-Versammlung
 am Mittwoch, den 8. Mai, abds. 8 1/2 Uhr,
 in der Bauhütte.

Simmelfahrt, 9. Mai:
Ausflug nach Ratekau.
 Ab 1 1/2 Uhr mit Saisenfähre von der Drech-
 brücke (Struckfährte entlang) oder 2 Uhr
 mit Bahn nach Waldhalle. Treffen in
 Waldhalle und Wanderung durch den Wald
 nach Gerwitz Schlitt-Ratekau. Abends
 Rückkehr nach Schwartau.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.
 G. G. m. b. H.

Morgen Mittwoch, den 8. Mai:
Eröffnung unserer 3. Verkaufsstelle Marktstr. 23
 Die Einzahlung von 50 Pfg. Eintrittsgeld berechtigt zum Einkauf von Waren.
 Beitrittserklärungen werden in den Verkaufsstellen entgegengenommen.
 Mitglieder, sorgt für immer weitere Ausdehnung des Konsumvereins durch weitere Werbung
 neuer Mitglieder. Der Vorstand.

Ein Posten fetten Tilsiter Käse
 Pfd. 40 und 50 Pfg.
Vollfetten Tilsiter Käse Pfd. 60 Pfg.
Butterhandlung „Zur Krone“
 Markt 9. Breitestraße 70.

Von der internationalen Bibliothek
 erste Serie
 empfehlen wir besonders:

Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren,	geb. Mk. 2,50
Bebel, Ländliche Arbeiterfrage,	" " 2,50
Bebel, Charles Fourier,	" " 2,50
Stern, Philosophie Spinoza's	" " 1,—
Kautsky, Das Erfurter Programm,	" " 2,50
Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England,	" " 2,—
Stepniak, Der russische Bauer,	" " 2,50
Mehring, Die Lessing-Legende,	" " 3,50
H. Lux, E. Cabet und der ilarische Kommunismus	" " 2,—
Plechanow, N. G. Tschernischewsky,	" " 3,—
Fr. Engels, E. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft	" " 3,—

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Man abonniert jederzeit auf das
 schönste und billigste
 Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter
 München 2 Zeitschrift für Humor und Kunst
 2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—

Abonnement bei allen Buchhandlungen und
 Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probe-
 nummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 41

Kein Besucher der Stadt München
 sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion,
 Theatinerstraße 41 III befindliche, äußerst interessante Aus-
 stellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter
 zu besichtigen.
 Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Achtung! Achtung!
BALL des Arbeiter-Radfahrer-
Vereins „Freiheit“, Schwartau,
 am Donnerstag, den 9. Mai
 (Simmelfahrtstag)
 im Lokale des Herrn J. Piquardt („Hotel Kronprinz“).
 Kassensöffnung 6 1/2 Uhr. Ballanfang 7 Uhr.
 Herren 1.00 Mk., Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.
 Das Festkomitee.

„Hansa-Halle“.
 Donnerstag, den 9. Mai **Großes Tanz-Kränzchen.**
 (Simmelfahrtstag): Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. H. Lüth.
 Jeden Sonntag: Großes Konzert mit nachfolgendem Tanzkränzchen.
 Sonntag, den 12. Mai: **Krempelsdorfer Ringreiten.**
 Fackenburg Allee **„Hansa-Halle“**, Fackenburg Allee
 100/104. 100/104.

5 Pfg. aufwärts zahle für Hausstands-
 lumpen, sowie für Almetalle und
 Gummi die höchsten Preise.
 Alstraße 37. Fernspr. 1813.

Atelier für Zahntechnik
 und Zahnpflege.
 H. Schreiber, Breitenf. 24

Panorama
 Breitenstraße 53, 1. Stg.
 Vom 5. bis inkl. 12. Mai
 Letzte Woche in dieser Saison
München.
 Neue Aufnahmen.

Nur noch 4 Tage in Lübeck.
Crosser Zirkus
E. Blumenfeld
 Ww.
 Heute Dienstag, den 7. Mai:
2. große Parade-Vorstellung
 mit glänzendem Programm.
 Auftreten der bedeutendsten Attrak-
 tionen, Damen und Herren, sowie
 Reiten und Vorführten wunderbar dress-
 ierter Schul- und Reitpferde in neuen
 und modernen Evolutionen. 100 Pferde
 aller Rassen und Farben in einer Vor-
 stellung.
 Mittwoch, den 8. Mai,
 nachmittags 4 Uhr:
Einz. große Familien-, Schüler-
und Kindervorstellung,
 mit vorzüglichem Programm,
 zu ermäßigten Preisen.
 wozu sämtliche Schulen u. Lehranstalten
 von Lübeck hierdurch freundlich eingeladen
 werden.
 Logenstg 1.—Mk., Sperrsitz 75 Pfg.,
 1. Platz 50 Pfg., 2. Platz 30 Pfg.,
 Gallerie 20 Pfg.
 Erwachsene zahlen die Hälfte der
 Abendpreise.
 Die Billets zu dieser Vorstellung sind
 nur an der Zirkuskasse von morgens
 10 Uhr ab zu haben. Es veräüme
 niemand seinen kleinen Lieblingen diese
 Freude zu bereiten.
 Abends 8 Uhr:
Große Vorstellung.
 Donnerstag, den 9. Mai,
 am Simmelfahrtstage:
2 gr. Pracht-Vorstellungen.
 Freitag, den 10. Mai:
 Unwiderruflich
Schluß- u. Abschiedsvorstellungen.
 Stets glänzendes und vorzügliches
 Programm.
 Vorverkauf der Billets im Zigarren-
 geschäft des Herrn Nagel, Markt 14
 bis nachmittags 6 Uhr.
 Hochachtungsvoll
Gebr. Blumenfeld, Direktoren.

Arbeiter-Radfahrer-Verein
 Trabemünde.
Einladung zum
BALL
 am Donnerstag, den 9. Mai
 im Lokale des Herrn F. Gebert,
 „Koloosseum“.
 Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
 Herren 1 Mk., Damen frei.
 Hierzu laden freundlichst ein
F. Gebert. Der Vorstand.

Hansa-Theater
 Heute Dienstag, den 7. Mai 1907:
Nur noch 4 Tage!
 Kurzes Gastspiel von Mitgliedern
 des Berliner
Vaudeville-Ensemble.
 Leitung: F. Harold.
 Neuester Schlager
 des Berliner Residenz-Theaters.
 über 3 Monate Zugstück des
 Hamburger Carl Schultze-Theaters:
Sensationelle Novität!
Haben Sie nichts zu verzollen?
 (Vous n'avez rien à déclarer.)
 Schwank in 3 Akten
 von **Hennequin und Veber.**
 1. Akt: Die Hochzeitsreise.
 2. Akt: Ein peinlicher Zwischenfall.
 3. Akt: Der dritte Tag.
 Oberregie: **Ferry Körner.**
 Vorverkauf bei Sager.
 Preise wie gewöhnlich.
 Morgen: Haben Sie nichts zu verzollen?

Wilhelm-Theater.
 Direktion: E. Feldhusen. Fernspr. 1981.
 Donnerstag den 9. Mai, Anfang 7 1/2 Uhr.
 1. Abonnements-Vorstellung.
Die lustige Doppel-Che.
 Schwank in 3 Akten von C. Kraag.
 Im Vorverkauf bei S. Drefalt und
 F. Nagel: Fremdenloge 2 Mk., 1. Parkett
 1,25 Mk., 2. Parkett 75 Pfg., Parterre 50 Pfg.
 Dugendkarten: Fremdenloge 18 Mk., 1. Park.
 12 Mk., II. Park. 7,20 Mk., Parterre 5,40 Mk.
 Pegelstraße 10 und an der Abendkasse.

Der internationale Marinismus.

Die Abrüstungsvorschläge des „perfiden“ Albion bilden für diejenigen Staaten, deren Marine verhältnismäßig noch nicht die Stärke der englischen Kriegsflotte erreicht hat, keine geringe Verlegenheit. Denn jedermann weiß, daß die Ablehnung der Abrüstungsvorschläge für England mindestens einen diplomatischen Erfolg bedeutet, indes ihre Annahme ihm überdies noch einen materiellen Vorteil bringen müßte. Wie dieses Hornberger Friedensschiefen ausgehen wird, ist deshalb heute schon klar, und es ist wahrhaftig die überflüssigste Sache von der Welt, sich über die Schwach- und Winkelzüge der schwindelhaften Diplomatenpolitik weiter den Kopf zu zerbrechen. Man weiß es längst, daß der immer mehr um sich greifende Kapitalismus mit den Schutzvöllen und Veterinärkonventionen sein Auslangen nicht findet, daß seine Kolonialpolitik mit der Handelsflotte allein keine Fortschritte zu machen vermag, weil sie eine Gewaltspolitik ist und daß er deshalb auch einer starken Kriegsmarine nicht entbehren zu können glaubt. Wie haben sich infolge der Kolonialpolitik die Handelsinteressen ausgebeugt!

Noch 1894 berechnete man den Wert des Welthandels auf 69 Milliarden Mark, 1906 betrug die Ein- und Ausfuhr schon 104 Milliarden. 1894 hatten die europäischen Handelsflotten 15 1/2 Millionen Tonnen, die der Erde überhaupt 19 1/2 Millionen. Heute werden die Handelsflotten Europas allein auf 22 Millionen Tonnen geschätzt. Zwar erfolgte diese Entwicklung lediglich infolge der Ausbreitung der Handelsinteressen und der Vergrößerung der Kolonien. Aber in der kapitalistisch regierten Welt mußte dieses Wachstum naturgemäß auch die Vermehrung der widerstreitenden Interessen zur Folge haben, und als gar der Kapitalismus zum direkten Interessenten des Marinismus selbst wurde, da zeigte es sich, daß die Gefahr des Ausbruchs aufkommender Konflikte noch erhöht wurde. Die Verbreiterung der Reibungsflächen allein würde niemals eine solche exzessive Ausgestaltung der Seekriegsmittel erfordern, wie wir sie erleben; denn, wenn auch die vermehrte Zahl der Teilnehmer am Welthandel die Bewegungsfreiheit des einzelnen braucht und die Zahl der Reibungspunkte vergrößert, so führt doch die gegenseitige Eifersucht allein noch nicht die Anlässe zur kriegerischen Bedrohung herbei. Die Konfliktsgefahr verschärft sich erst durch die kapitalistische Konkurrenz zwischen den Marinen, die sich, wie die militärischen Organisationen überhaupt, zu ganz eigenen, fast selbständigen Einrichtungen ausgewachsen haben. Die Interessenten des Militarismus bilden einen Staat im Staate, der nicht nur von der parlamentarischen Kontrolle, sondern oft auch von den Regierungen nahezu unabhängig ist. Sogar im demokratischen Frankreich und im konstitutionellen England sind Militarismus und Marinismus ein unantastbares Heiligtum, ein Nisimelangere, an das sich die Volksvertretung gar nicht heranwagt. So kommt es, daß die Fachimperei sich ungehemmt ausleben kann, daß eine Art Größenwahn in den militärischen Ressorts die Mittel des Staates gedanken- und gewissenlos verschleudern darf.

Die Folgen dieses Systems blieben nicht aus. 1883 besaßen die europäischen Kriegsflotten 2440 Schiffe mit 1,9 Millionen effektiver Pferdekraft und rund 10 000 Geschützen. 1905 zählte man bei den gleichen Staaten 3638 Schiffe mit mehr als 11 Millionen indizierter Pferdekraft und 24 000 Geschützen. Daß dieser nicht endenwollende Wettstreit die finanzielle Leistungsfähigkeit der Staaten noch nicht aufgezehrt hat, ist lediglich auf die permanente Zurückstellung kultureller Aufgaben zurückzuführen. Nur

durch die konsequente Verminderung des Aufwandes für diese Zwecke des Staates konnte der Militarismus sich als ewige Daumschraube betätigen und jenen überragenden Einfluß gewinnen, der ihn zur Gefahr für den Staat macht.

Speziell der Marinismus ist längst zum Selbstzweck geworden. Unausgesetzt entwerfen neue Erfindungen das alte Schiffsmaterial und die Bestückung. Die Konkurrenz zwischen Panzer und Geschossen zwingt zur Auswechslung der Bautypen und der Ausstattung und führt fortlaufend kostspielige Veränderungen herbei, die nur mit der größten Kraftanstrengung des Staates möglich sind. Dabei bemüht sich jeder größere Seestaat, eine Überlegenheit nicht bloß über den voraussetzlichen Gegner, sondern auch über dessen Verbündete zu erzielen, und sogar England, dessen Kriegsflotte auch mehreren Kombinationen gewachsen ist, verläßt sich nicht auf die eigene Kraft, sondern sucht stets nach Allianzen.

An diesem Tatbestand werden die Beschlüsse der kommenden Haager Konferenz — falls es dazu überhaupt kommen sollte — ebenso wenig ändern wie die der verfloffenen Konferenz. Haben sich doch sogar die Ausgaben der Staaten für Marinezwecke gerade seit dem Jahre 1899, da die letzte Konferenz stattfand, ganz besonders gesteigert! Es betragen nach den Rechnungsabschlüssen pro 1899, bezw. nach den Vorausschlüssen pro 1906 die Aufwendungen für die Kriegsmarine:

der Staaten	in den Jahren 1899 Millionen	1906 Millionen	Zu resp. Abnahme in Prozenten
England	619,—	765,50	23,9
Nordamerik. Union	313,31	578,20	84,6
Frankreich	304,92	325,98	6,9
Deutschland	170,99	296,64	73,5
Rußland	211,—	264,41	25,3
Italien	196,97	182,29	36,4
Japan	35,72	70,83	97,5
Oesterreich-Ungarn	35,95	57,57	60,1
Brasilien	17,57	39,73	125,8
Niederlande	31,50	34,16	8,4
Spanien	23,93	31,98	33,5
Chile	16,29	29,11	80,1
Schweden	14,20	27,24	93,1
Argentinien	28,29	26,92	— 5,0
Portugal	16,58	18,67	12,6
Dänemark	9,52	10,15	6,6
Griechenland	7,23	7,10	— 3,1
Norwegen	9,92	6,28	— 36,8
	1971,88	2722,56	38,8

Diese summarischen Daten geben nicht nur die Auslagen für den Bau und die Ausrüstung der Kriegsschiffe, sondern auch den gesamten Aufwand für Zwecke der Kriegsmarine an. Danach ist in den sieben Jahren zwischen 1899 und 1906 die Totalausgabe, die schon bis zum Jahre 1899 eine beängstigende Steigerung aufweist, um 761 Millionen, also um rund 39 Proz. gewachsen. Von Argentinien, Griechenland, Norwegen abgesehen, die ihren Marineetat verringerten, haben die übrigen Staaten ihren Aufwand, zumeist ganz namhaft, erhöht. England, das bisher schon an der Spitze aller Seestaaten stand, hat seit 1904, wo sein Marineetat 885 Millionen ausmachte, Ersparungen eintreten lassen; seither aber wieder größere Aufwendungen gemacht, so daß sein Marineetat fast ein Drittel der Auslagen für die Kriegsmarine aller Staaten erreicht.

Eine enorme Vermehrung leisteten sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika, ferner Frankreich, Deutschland und Italien. Die nordamerikanische Union hat nur im Jahre 1865 mehr ausgegeben (600,8 Millionen), nach dem Sezessionskriege sank der Marineetat auf 70 bis

75 Millionen, um von da an konstant zu wachsen. Auch Frankreich hat bloß 1901 eine größere Auswendung aufzuweisen: 328 Millionen. Bei Oesterreich-Ungarn liegt die Sache so, daß zwar 1905 76,31 Millionen ausgeworfen, aber doch nicht zur Gänze verwendet wurden. Im übrigen wurde das Maximum von den meisten Staaten erst 1906 erreicht. Dieses Jahr bedeutet — bisher — den Höhepunkt der Kraftleistungen, die sich die Seestaaten der Erde schuldig zu sein glauben. Selbstverständlich kommen eigentlich nur die ersten sechs Seestaaten in Betracht; an Rußlands Stelle ist vorläufig Japan getreten. Bei diesen beträgt das Plus von 1906 gegenüber 1899 648 Mill., während sich der Marineetat der kleineren Staaten, die freilich in der Mehrzahl sind, in der angegebenen Zeit um 113 Millionen erhöhte.

Betrachtet man den Marineetat der großen Seestaaten (zu welchen wir noch Oesterreich-Ungarn — wenn auch unberechtigterweise — rechnen wollen), so ergibt sich für die Zeit von 1899 bis 1906 folgendes Bild:

	Millionen
England	6138,1
Nordamerika	3279,7
Frankreich	2528,6
Deutschland	1891,7
Italien	909,0
Oesterreich-Ungarn	416,8
	15 163,9

Fünfundzwanzig Milliarden also haben diese sechs Großstaaten, die auf den Titel Kulturstaaten in erster Linie Anspruch erheben, für Zwecke verausgabt, die mit Kultur nicht das geringste zu tun haben. Und noch ist kein Ende abzusehen. Küstenbefestigungen, Geschützvermehrung, Flottenmaterial aller Art werden auch in Zukunft ungezählte Milliarden verschlingen, so daß sich für die Völker geradezu grauenerregende Perspektiven eröffnen. Fast jedes Jahr stellt sich heraus, daß die „Erstklassigkeit“ irgend eines Schiffstyps von einer neuen Erfindung überholt ist, daß das angeblich beste Geschützsystem entwertet und altes Eisen geworden ist. Das ganze Marinewesen befindet sich in einem Zustand ewiger Versuche und Umwälzungen, ein Experiment schlägt das andere, der Fortschritt von heute überflügelt den von gestern. Insbesondere seit dem russisch-japanischen Krieg hat sich der Schiffingenieur und Marine-techniker eine nervöse Unruhe bemächtigt, und stärker noch als im Landheer grassiert in der Marine eine Expansionswut, die zu den schwärzesten Befürchtungen leider nur zu begründeten Anlaß gibt. Geht das Weiter so fort, so wird neben den Friedenskatastrophen, die jetzt schon nicht selten sich ereigen, in der Zukunft förmliche Zusammenbrüche einzelner Staaten kaum zu vermeiden. Die Budgets der meisten Staaten zeigen, daß die finanzielle Tragfähigkeit der Völker in beängstigender Weise überlastet ist. Für das Jahr 1907 sind in den Vorausschlüssen der meisten Staaten weitere Steigerungen der Ausgaben für Marinezwecke ausgewiesen. Angesichts dieser Tatsachen erscheint die Diplomatenpolitik, auch wenn sie wirklich von allen beteiligten Staaten auf die Abrüstung gerichtet wäre, als eine unfruchtbare Schiffsarbeit. Wenn aber die unfähigen Hände zopfiger Diplomaten den Stern nicht über den Gipfel des Berges zu bringen vermögen, dann werden ihn die kraftvollen Fäuste der Proletariathände aufwärts stoßen, bis er über den Rücken des Berges gelangt ist.

Es wird freilich damit gehen wie mit dem internationalen Arbeiterschutz, über den sich die Staatsmänner nicht einigen können; er muß von den Arbeiterparteien der einzelnen Nationen in Angriff genommen werden! Die internationale Regelung folgt dann alsbald nach,

Der Holzhändler.

Roman von Max Kreher.

16. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Dulders, der sich gefreut hatte, wenigstens einige Tage vor Lug Ruhe zu haben, da er um diese Zeit geschäftlich überbürdet war, hatte es schließlich für das Beste gehalten, wenn er es Ottilie überließe, Graf Arthur jede Hoffnung zu nehmen. So etwas machte sich vielleicht am besten an einem gemächlichen Abend, wo sie dann Gelegenheit fände, sich in einem stillen Winkel mit ihm auszupfechen. Und wenn er dann einsähe, daß er verzichten müsse, dann würde er in der animierten Stimmung die Sache nicht zu tragisch auffassen. Und die Hauptsache war dann: er, Dulders, kam um alles hübsch herum und konnte dem Alten gegenüber einfach die Achsel zucken.

Der erste, der sich anmelden ließ, war Passen. Als Friedrich die Karte hereingebracht hatte, sagte die Häufung: „Mein Gott, er hat wohl keine Uhr. Es ist ja erst halb.“

Dulders hätte ihr am liebsten diesmal recht gegeben, er schmeigte sich aber aus und dachte nur bei sich: „Der sitzt dir ja zeitig auf dem Nacken.“

Otti jedoch, die die Karte in der Hand hielt und den Namen Kofz von Passen bereits ein halbes Duzend Mal gelesen hatte, warf vergnügt ein: „Frühe Gäste, treue Gäste.“

„Das wollen wir doch nicht wünschen,“ waren Dulders' Gedanken. Er begab sich mit Ottilie in den sogenannten roten Salon, der als Empfangszimmer diente und in dem gerade Passen dabei war, Umschau zu halten.

„Donnerwetter,“ hatte dieser sofort gedacht, „hier muß Geld wie Heu sein. In den Bilderrahmen steckt ja bereits ein Vermögen.“

„Entschuldigen Sie nur, daß wir Sie haben warten lassen,“ sagte Dulders gemächlich, streckte ihm die Hand entgegen und stellte ihn dann seiner Tochter vor.

„Bitte sehr — ich habe um Entschuldigung zu bitten, daß ich schon so früh einfallte,“ gab Passen zurück, im Augenblick etwas eingeschüchtert durch den kritischen Blick Ottis. „Ich bitte tausendmal um Verzeihung, gnädiges Fräulein, daß ich nicht vorher meinen Besuch gemacht habe, aber ein

dummer Zufall ist schuld daran.“ Keck ergriff er ihre Hand und zog sie an die Lippen.

„Et, ei, er hat ja Manieren,“ dachte Ottilie, die sich ihn nach der Beschreibung des Waters ganz anders vorgestellt hatte.

„Ah so, und da wollten Sie gleich das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden, wenn Sie heute so zeitig —“ fiel Dulders ihm ins Wort.

„Nichtig eraten,“ sagte Passen lustig lachend. „Ich danke Ihnen also nochmals herzlich für Ihre liebenswürdige Einladung. Und da ich wohl annehmen darf, daß Sie, gnädigstes Fräulein, nichts dagegen hatten, so gestatten Sie mir, Ihnen ebenfalls verbindlich zu danken.“

„Ich freue mich sehr, Sie bei uns zu sehen, Herr von Passen,“ erwiderte Ottilie mit ihrem verbindlichsten Lächeln.

„Aber natürlich doch,“ fiel Dulders ein. „Darüber hätten Sie sich nicht große Kopfschmerzen zu machen brauchen. Zu sehr Formensmenschen sind wir doch auch nicht. Ich hatte Sie ja auch nur zu einem Büffel Suppe eingeladen.“

„Aber doch mit Braten?“ warf Passen wieder ein. Den Worten ließ er abermals sein aufgeregtes Lachen folgen, wodurch Ottilie dann mit angestrengter Miene. Eine derartige, ungewohne Heiterkeit eines Herrn, der sich zum erstenmal bei ihnen blicken ließ, hatte sie noch nicht kennen gelernt.

„Sogar mit Fisch,“ gab Dulders trocken zurück. „Haben Sie denn die offizielle Einladung nicht erhalten?“ fragte Ottilie.

Passen verneinte. Es stellte sich heraus, daß ein Irrtum in der Adressierung stattgefunden hatte, und so mußte denn Dulders diesmal um Entschuldigung bitten. Passen meinte, daß er sich das gleich gedacht habe, da sein Anteil die Einladung richtig erhalten und daß ihm durch diesen die Mitteilung geworden, daß man ihn ebenfalls erwarte.

„Sonst würde er wohl auch nicht im Frack sein,“ dachte Dulders. Die Hauptsache ist, daß Sie gekommen sind,“ sagte er dann laut. „Sonst wäre womöglich das ganze Vermögen zu Wasser geworden.“

„Sehr schmeichelhaft für mich,“ gab Passen offen zurück. „Es fehlt auch immer einer, wenn ich nicht dabei bin.“

„Das stimmt sogar rechnerisch,“ jagte Dulders wieder, während Ottilie bei sich dachte: „Er scheint ja riesig von sich eingenommen zu sein.“

„Sie lachen wohl gern?“ begann dann Dulders wieder, als er bemerkte, daß Ottilie daran Gefallen zu finden schien, die weißen Zähne Passens immer aufs neue blicken zu sehen.

„Jawohl, mein Hochverehrter, ich lache gern. Denn das Lachen soll aus einer frommen Seele kommen. Und alle Weisen behaupten, daß es das Leben bedeutend verlängere.“

„Das Rezept akzeptiere ich, denn ich bin auch fürs harmlose Lachen,“ warf Ottilie ein, die sich durch seine Natürlichkeit angeheimelt fühlte.

„Tausend Dank für gütige Anerkennung meine Gnädige. Und dies die Belohnung dafür . . . Pardon, ich hatte ganz vergessen.“

Jetzt erst kam er mit einer langstieligen Maréchal-Nick-Rose zum Vorschein, die er beim Eintritt auf einen Tisch gelegt hatte und nun dem Seidenpapier entnahm. „Gestatten Sie mir, gnädiges Fräulein . . . Damit ich stets bei Ihnen in gutem Geruch bleibe. Es ist die schönste, die ich in ganz Berlin aufreiben konnte.“

„Das nenne ich einen originellen Einfall — eine einzige Rose,“ sagte Dulders wieder mit verhaltenem Spott. „Nicht wahr, das kann nicht jeder?“

„Doch mal was anderes, als die üblichen Wagenräder,“ meinte Ottilie, sog den Duft der Rose ein und bewunderte dann still den zarten Schmelz der Blüte.

„In der Bescheidenheit liegt der wahre Wert der Größe,“ fiel Passen keck ein. „Es freut mich, daß gnädiges Fräulein derselben Ansicht zu sein scheint.“

Otti nickte nur und sah ihn lächelnd an.

Dulders empfand Ärger. War es das freie Auftreten Passens, war es die Art und Weise, wie Ottilie gleich darauf einging, als hätte sie einen alten Bekannten vor sich, — genug, er hatte das Unbehagen eines Mannes, der seine Würde nicht gehörig respektiert sieht, der gewohnt ist, sonst den Herrscher zu spielen, und nun gegen jemand nicht recht aufkommen kann. Dieser Mensch fiel ja mit einer Offenheit ins Haus, als ginge er schon jahrelang ein und aus und dachte sich die vertraulichsten Aussagenformeln gestattet. Und was ihn am unangenehmsten verärgerte: Ottilie schien Gefallen an

wenn — die nationale Kraftvoll voranschreitet. So auch muß der Kampf gegen den Moloch Militarismus und des Marxismus konzentrisch von allen Seiten durch die Vertreter des klaffenbewußten Proletariats durchgeführt werden, wie das ja schon geschieht. Nicht die Diplomatie, sondern die Sozialdemokratie wird die Löhner im Boden des Danaidenfasses, in welches die Nachthaber so viele Milliarden Volksvermögen, an Gesundheit und Glück versenken, ohne daß es je voll würde, bereinst verstopfen. Die Herren Diplomaten können sich drauf verlassen. S. K.

Der Fall Haase.

Sie sind also Landfriedensbrecher, die Arbeiter, die nach dreitägiger Verhandlung vom Magdeburger Schwurgericht für schuldig befunden wurden. Nicht alle! Einige haben nur groben Unfug getrieben, die nämlich, die am 4. Februar dabel gewesen sind oder gewesen sein sollen. Groben Unfug: das kann man noch hingehen lassen. Aber Landfriedensbruch?

Wie wird sich die Sache zugetragen haben? Ein Mensch, der seiner ganzen Vergangenheit nach alle Ursache hat, hübsch still und verborgen zu leben, geht hin und beschimpft in aller Öffentlichkeit die Arbeiter, schleudert auf sie mit dreifacher Sitte die unerhörtesten Beschuldigungen. Was liegt näher, als daß die Arbeiter diesen unberufenen Sittenrichter kennen zu lernen wünschen? Mit Tausenden zusammen ist er in einem Betriebe tätig. Der eine und der andere der Arbeiter läßt sich den Kritiker schon in der Werkstatt zeigen. Der geeignetste Augenblick ist aber die Feierabendstunde, wenn die schleibenden, drängenden Scharen dem Werk entströmen. Einer spricht es aus, was alle denken: „Wir warten auf Haase!“ Als er schließlich das Tor verläßt, da geht es von Mund zu Mund: „Das ist er, der Verkauener, der Peterkastenmann, der Einarmige usw.“ Ein Witzbold prägt wohl auch ein drastischeres Wort — die Menge lacht und „johlt“. Sie singt „Fischerin, du Kleine“ und Nehrliches, um auf des „Einarmigen“ Vergangenheit anzuspähen. Und dann begleitet sie ihn auf dem allen gemeinsamen Heimweg. Keiner ist mitgegangen, der dort nichts zu suchen hätte. Die Frotzelei steigert sich. Das Interesse aller konzentriert sich auf den einen, und nicht wie sonst löst sich die Menge in Gruppen auf, die unbekümmert um andre ihres Weges wandern.

So entsteht die Zusammenrottung. Hin und wieder drängt einer nach vorn, um den traurigen Helden besser in Augenschein nehmen zu können. Alle werden geschuppt und geschoben, auch Haase bleibt davon nicht verschont. So „wogt“ die Menge „auf und ab“. Und dann greift ein besonders Eifriger zu einem Schneeball. Das Beispiel wirkt ansteckend und unter Hallo ist bald eine kleine Schneeballschlacht im Gange. Alles ist voll ausgelassener Lustigkeit. Niemand denkt etwas Arges, denkt an Gewalttätigkeiten, gar an Landfriedensbruch. Der Haase wäre ja auch „in Stücke gerissen“ worden, wenn die Menge gewollt hätte. Sie wollte aber nicht, nichts lag ihr ferner, als dem Beschimpfer körperlich wehe zu tun. Nur einer oder zwei sind darunter mit heißem Blut. Den Haase trifft ein Eisstück, und am Oberschenkel fühlt er einen Ritt. Das genügt. Die „zusammengerottete Menge“ hat mit „vereinten Kräften“ „Gewalttätigkeiten begangen“; der Landfriedensbruch ist fertig, obwohl dem Haase weiter nichts passiert ist, und obwohl die „Zusammengerotteten“, weil sich ohnehin ihre Wege scheiden, sich zerstreuen.

So und nicht anders hat sich die Sache zugetragen. Wie sollte es auch anders sein? Keinen besseren Beweis gibt es, als daß Haases Freunden kein Haar gekrümmt wurde. Das ist nur unerhörter sozialdemokratischer Terrorismus! Das sind die Folgen sozialdemokratischer Verheerung! Der Staatsanwalt hat es Zugende von Malen im Gerichtssaal betont, er hat von seinem sicheren Platz aus den sozialdemokratischen Redakteuren und Rednern Verantwortlichkeitsgefühl abgesprochen, obwohl sein Schützling Haase nicht einen Bruchteil des Verantwortlichkeitsgefühls besitzt, das jene besitzen und besitzen müssen, wenn sie nicht immer mit demselben Staats-

anwalt in Fehde liegen wollen. Mit demselben Staatsanwalt, der einmal so wenig Verantwortlichkeitsgefühl besaß, daß er das Wahlgeheimnis nicht respektierte, der also selber kräftiglich ausrückte und den begangenen Fehltritt läuberlich widerrufen mußte. Wie würde er wohl mit einem sozialdemokratischen Redner ins Gericht gehen, wenn diesem einmal eine ähnliche Entgleisung passierte?

Aber trotz dieses unangenehmen Zwischenfalls hat der Staatsanwalt die Genugtuung gehabt, daß die Geschworenen die Mehrzahl der Angeklagten des Landfriedensbruchs schuldig befanden. Und doch — befreit hat ihn der Spruch nicht, wie er uns auch nicht befriedigt. Keiner der Angeklagten hat Gewalttätigkeiten verübt, niemand war Räubersführer, und die Lehrlinge wußten nicht, was sie taten. So entschieden die Geschworenen. Das enttäuschte den Staatsanwalt so sehr wie uns die Tatsache, daß Landfriedensbruch als vorliegend erachtet wurde. Hätten Arbeiter unter den Geschworenen gesessen, die das Arbeiterleben kennen, weil sie es leben, dann wäre der Spruch nicht möglich gewesen und die drei Richter hätten nicht die vielen Monate aus dem Leben der Angeklagten streichen können.

Aber abgesehen davon; als Beispiel für den „sozialdemokratischen Terrorismus“ ist der „Fall Haase“ nicht auszubedenken. Die Schauergerichte, die die bürgerliche Presse seinerzeit zu erzählen wußte, sind durch die Gerichtsverhandlung widerlegt worden. Haase wurde nicht von einer „aus dem Hinterhalt kommenden Rote von Genossen überfallen“, er wurde nicht „fürchterlich mißhandelt“ und halb tot gepörrtelt, er ist nicht hingeworfen worden, er ist nicht einmal hingefallen, wie er selbst bekunden mußte; nur einmal ist ihm der Hut vom Kopfe gerutscht.

Und nun noch ein Wörtlein über den Mann, der zu der „Ehre“ gekommen ist, dem Fall den Namen zu geben. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in moralischer Beziehung nur einer bei dem Prozeß schlecht abgesehen hat, und das ist Haase. Das Bild, das von ihm entrollt worden ist, wird weder ihm noch seinen Gönnern gefallen. Befäße er nicht die starke Abgebühtheit, die ihm eigen ist, dann hätte er es nicht gewagt, sich in das Blickfeld der Öffentlichkeit zu stellen. Mit Haase ist auch über den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie wieder einmal ein moralisches Vernichtungsurteil gefällt worden. Es wurde erwiesen, daß er sich „Redner aus dem Zuchthaus und aus der Gasse holt“.

Auf diesem patriotischen Verband und auf seinem bald unzurechnungsfähigen Agenten Haase wird der Schimpf noch kleben, wenn die armen Opfer der vorfindlichen Landfriedensbruch-Paragrafen längst das Gefängnis verlassen haben. Das ist eine gewisse Genugtuung neben den vielen drückenden Momenten, die dieser dreitägige Prozeß den Lesern und Hörern bereitet hat.

Soziales und Partelleben.

Delegiertentag deutscher Bergarbeiter. Der Verband der deutschen Bergarbeiter hat Sonntag in Dortmund seine 17. Generalversammlung begonnen, die von etwa 100 Delegierten und Vertretern der Generalkommission der freien Gewerkschaften sowie der Union der österreichischen Bergleute besucht war. In seiner Eröffnungsrede betonte der Vorsitzende des Verbandes, Reichstagsabgeordneter Sachse, daß man nicht zusammen gekommen sei, um über Streiks zu beraten. Die in der letzten Zeit auf verschiedenen Zechen ausgebrochenen Zustände von Pferdrettern und Schlepfern ließen nicht auf eine allgemeine Streikgefahr schließen. Der Redner wies darauf hin, daß der jüngste Streik auf der Zeche „Maximilian“ bei Hamm durch die Bereitwilligkeit der Zechenverwaltung zu Verhandlungen mit den Arbeitern friedlich beigelegt werden konnte. So hätte auch der letzte große Generalkstreik der Bergleute verhindert werden können, wenn sich der Bergbauverein oder auch nur die Zeche „Bruchstraße“ zu Verhandlungen mit den Arbeitern herbeigelassen hätte oder mit der Einsetzung eines Einigungsamtes einverstanden gewesen wäre. Er hoffe, daß die Art der Einigung auf der Zeche „Maximilian“ vorbildlich sein werde. Zu Vorsitzenden wurden gewählt Reichstagsabgeordneter Sachse und der frühere Kaiserdelegierte Schröder. Die eigentlichen Beratungen begannen Montag.

10. Markt für die Arbeiter, 64. für den Unternehmer. Im Jahresbericht des Vereins für die bergbaulichen Interessen in Niederschlesien werden u. a. folgende Angaben gemacht:

Der Durchschnittspreis für die Tonne Kohle betrug für das Jahr 1905: 8,15 Mk., für 1906: 8,52 Mk. Mit hin pro Tonne 37 Pfennig mehr! Die Gesamtzahl der Arbeiter ging um 427 auf 26 222 zurück. Die Förderung dagegen stieg um 98 576 Tonnen auf 5 408 036 Tonnen. Demnach ist die Förderung um 7 Tonnen pro Kopf auf 206,05 Tonnen gestiegen. Die Jahresdurchschnittslöhne erliefen eine Steigerung um 42 Mark auf 824 Mk.

Nach den Angaben beträgt der für eine Tonne gezahlte Lohn 4,48 Mk. Da im Jahre 1906 pro Kopf 7 Tonnen mehr geleistet wurden als im Jahre 1905, entfallen von der Lohnsteigerung allein 31,36 Mark auf Mehrleistung und nur 10,64 Mk. auf wirkliche Lohnerhöhung; ganz abgesehen davon, daß im Jahre 1906 ein größerer Kreis von Personen bei der Kostgeminung und der Erzeugung von Nebenprodukten tätig war.

Die Mehreinnahme pro Kopf der Arbeiter stellt sich bei einer Steigerung des Verkaufspreises um 37 Pf. auf 76 Mk. Es bekamen mithin von dem Mehrerlös die Arbeiter rund 10 Mk., die Unternehmer 64 Mk.! Und da wagt man noch zu behaupten, Lohnerhöhungen hätten die Preisausschläge notwendig gemacht und die Mehreinnahme fließe den Arbeitern zu.

Die Folgen schlechter Ernährung. Bei der dieser Tage erfolgten Rekruutenaushebung in Lindau (Land bezirk) wurden von 604 Bestimmungspflichtigen nur 20 Mann tauglich befunden, 217 zurückgestellt, die übrigen 367 jungen Leute mußten infolge ihrer Körperbeschaffenheit gleich von vorn herein als für das aktive Meer nicht tauglich erklärt werden. Diese vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus sehr bedauerliche Erscheinung hat einen sehr interessanten Hintergrund. Die Bevölkerung im Allgäu galt bis in die letzten Jahrzehnte als gesunde, kerniges Volk. Gab es in den Haushaltungen im allgemeinen auch nicht täglich Fleisch, so bildete jedoch die als besonders gut und fettreich bekannte Milch des Allgäuers einen Hauptbestandteil in der Ernährung dieses Volkes. Im Laufe der Jahrzehnte bildete sich die Allgäuer Käseerei aber vom Kleinbetrieb zum kapitalistischen Großbetrieb durch. Auch andere Industrien ließen sich nieder und suchten die billigen und guten Arbeitskräfte auszunutzen. Die zu Großbetrieben ausgewachsenen Käseereien brauchen aber auch Milch, ja viel Milch und was früher an Milch zum größten Teil dem Eigengebrauch und gewissermaßen als Volksnahrung diente, das wandert heute alles in die Käsefabriken und die Bevölkerung selbst begnügt sich mit der entfetteten, anderswo als Schweinefutter dienenden „Milch“, die nach Durchwanderung des ersten und zweiten Produktionsprozesses von der Fabrik zurückgekauft wird. Der Kapitalismus beutet hier also nicht nur die Arbeitskraft aus, er entzieht dieser Bevölkerung auch ihr bisheriges Hauptnahrungsmittel: Die gute Milch! Zieht man außerdem noch die enorme Verteuerung aller anderen Nahrungsmittel in Betracht, so braucht man sich über das geradezu erschreckende Resultat der ärztlichen Musterung der jungen Leute nicht zu wundern.

Die erste Gewerkschaftsorganisation in Niederländisch-Ostindien ist, wie der Sekretär Dudgeest des Niederländischen Verbandes der Gewerkschaften mitteilt, kürzlich gegründet worden. Es ist eine Organisation von Zuckerfabrikarbeitern, die bereits ungefähr 1000 Mitglieder zählt.

Ausdehnung des Hafnarbeiterstreiks in New-York. Brooklyn, W. L. B. meldet aus New-York: Der bisher unbedeutende Ausfall der Hafnarbeiter in New-York und Brooklyn scheint jetzt eine größere Ausdehnung anzunehmen. Das Gerücht, wonach die Abfahrt der an den Pears der American-Linie labenden Dampfer „Cetti“ und „Kronland“ durch den Ausfall verschoben werden dürfte, hat sich bestätigt. Die Ladung der Dampfer wird von Arbeitern vorgenommen, die Organisationen nicht angehören. Gewaigen Unruhen wird durch eine starke Polizeiwache vorgebeugt. Die Zahl der Ausständigen in beiden Städten wird auf 5000 Mann geschätzt.

Straffreie Reichsverbandsflügen. Wegen der Redaktion Davis von der nationalliberalen „Dortmunder Zeitung“, die Amtsblatt ist, hatte Genosse Sachse, Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes, und vier weitere Vorstandsmitglieder geklagt. Das genannte Blatt, eine bekannte Ablagerungsstätte des Reichslügenverbandes, hatte in seiner Kritik des Jahresberichts des Bergarbeiterverbandes für 1906 bemerkt:

Es ist ein bemerkenswertes Altemück, das in erster Linie zeigt, wie das Geld der Arbeiter ver-

ihm zu finden. Das merkte er sofort. Ihre natürliche Empfindung hatte hier Berührungspunkte gefunden, die ihre gesunde Natur sofort aus sich heraustreten ließen.

Und Dulters schwächte sofort jene Stunde vor, als Graf Arthur zum erstenmal seine Aufmerksamkeit machte. Es war vor einem Jahre, genau um dieselbe Zeit, und auch hier in diesem Salon. Wie tief und formlich hatte der junge Zug dagelesen, und wie zurückhaltend hatte sich Otti gezeitigt. Die Unterhaltung war banal, beinahe fröhlich gewesen. Es mußte doch nur an den Menschen liegen, an dem Spiegel ihrer Augen, ob sie sich schnell zueinander hingezogen fühlten, oder das gewisse Etwas empfanden, was zwischen ihnen lag und niemals zu überbrücken war.

Fräulein von Hängling kam herein und brachte als Anstandsname die nötige Würde mit. Wenn aber Dulters glaubte, daß der Ton ein etwas weniger zwanglos sein würde, so hatte er sich in Paffen ganz und gar getrrt. Er schien unermüdet zu sein in dem Bestreben, mit einnehmender Liebenswürdigkeit sich sofort über die gesellschaftliche Klippe hinwegzuheben.

„Oh“, sagte er, „hätte ich gemußt, daß noch eine so charmante Dame im Hause ist, so hätte ich mich noch in größere Antofen gestürzt. Gestatten Sie, Gnädige, daß ich es das nächstemal nachhole.“

„Er scheint's mit keiner verderben zu wollen“, dachte Dulters, während Otti ungefähr denselben Gedanken hatte. Fräulein von Hängling jedoch blieb auffallend kühl, trotzdem sie den Ausflug zu einem gnädigen Lächeln zeigte. Überzeugt von ihrem Mangel an Reizen, traute sie dieser verführten Schmeichelei um so weniger, weil sie in diesem Augenblick auf Dulters Anteil einen böshaftern Zug zu entdecken glaubte. So gab sie denn etwas trocken zurück: „Danke für gütige Anerkennung; ich begnüge mich schon mit ihrem guten Willen.“

Dulters lachte. „Ja, ja, Herr Baron — so leicht wird Ihnen die Sache nicht gemacht.“

„von Paffen, wenn ich bitten darf. Simpler von Paffen. Wenn Sie wollen, schenke ich Ihnen auch noch das „von“, es hat mir bis jetzt wenig eingebracht, sagte der Gast diesmal mit einem Anflug von Ärger.“

Dulters sah „Fräulein Zimmerlich“ mit einem Seitenblick an, als wollte er sagen: „Siehst du, da hast du's, merk dir das.“ Die Hängling hatte am liebsten die Frage an Paffen

gerichtet: „Das ist wohl das einzige, was Sie zu verachten haben?“

Otti kam ihr aber zuvor, indem sie sagte: „Ihr Herr Papa hieß doch auch so, nicht wahr?“ Und als Paffen, leicht verblüfft, nur nickte, fuhr sie fort: „Er erfreute sich doch gewiß allgemeiner Achtung?“

„Das einzige, was er mir hinterlassen hat.“

„Dann sind Sie auch nicht berechtigt, sich über das „von“ zu beklagen. Sie würden damit einen Teil der Achtung vor Ihrem Vater verachten.“

„Danke gehorsamt für diesen Küffel, den ich verdient habe.“ Paffen schnellte von seinem Sitze empor, machte eine tiefe Verbeugung, ergriff die Hand Ottis und führte sie abermals an seine Lippen. „Dieses Privatstimmum werde ich Ihnen nie vergessen, gnädiges Fräulein. Ich werde mich befleißigen, von jetzt ab etwas höher von mir selbst zu denken.“

„Tun Sie das; man soll sich nicht selbst verkleinern.“ Otti lächelte ihn ermunternd an, und zum zweitenmal empfand er das Behagen, diese schlanken, warmen Finger leicht drücken zu dürfen.

„Entschuldigen Sie nur, ich hatte ganz vergessen“, sagte Dulters nun wieder, „Sie hatten sich ja bereits neulich abend gegen den „Baron“ verwahrt. Es soll nicht wieder vorkommen.“

„Wenn ich es wirklich wäre, so würde ich die Verwahrung doch aufrecht halten, soweit es ginge. Mir geht's so wie Mathias Claudius, dem berühmten Wandbecker Boten, der sich das ewige Anreden mit Doktor verbat, weil sein Name darunter verloren gehen könnte.“

„Also denn von jetzt an immer Paffen. Es soll dabei bleiben“, sagte Dulters wieder, indem er sich erhob und ihm die Hand reichte. In diesem jungen Herrn steckte doch etwas, was mit der Magnetnadel zu vergleichen war, die immer auf denselben Punkt zurückkehrte. Und so hatte Dulters in diesem Augenblick wieder dieselbe Empfindung wie neulich in der Stunde der ersten Bekanntschaft, als er sich von diesem Geradaeusmenschen so angezogen fühlte. Er hatte zwar noch niemals etwas von dem Wandbecker Boten gehört, das hinderte ihn aber nicht, im Brustton der Überzeugung hinzuzufügen: „Ja dieser Claudius, das war ein Kerl!“

Der Diener meldete neue Gäste. Es waren die Luz, Vater und Sohn, die zugleich mit Niebusch angelangt waren.

Während der alte Graf zu Paffen etwas herablassend nästete: „Hatte neulich schon das Vergnügen“, verbeugte sich der junge freilich und ernst. Um so liebenswürdiger zeigte er sich zu Otti, der er nach einem Händedruck den üblichen Strauß überreichte, ohne den er sich niemals sehen ließ: rote Rosen, garniert mit Winterveilchen und Nelken.

„Aber Herr Graf, Sie verwöhnen mich. Danke schön.“

„Nur, damit ich bei Ihnen in gutem Geruch bleibe, gnädigstes Fräulein.“

Otti lachte. „Das habe ich heute schon mal gehört, Herr Leutnant. Natürlich nicht von Ihnen.“

Ein Blick genügte Graf Arthur, um sie zu vertreiben. Sie hatte die Mareschal-Melrose Paffen in ihren Gürtel gesteckt und den langen Stengel wie in Schlangenumwindungen eingeklemmt.

„Aha, gnädiges Fräulein sind bereits versehen“, brachte er hervor, da ihm im Augenblick nichts anderes einfiel.

Herr von Paffen war so aufmerksam, mit diesem Musterexemplar zu versehen. Er behauptet, es sei jetzt Mode, sich nur mit einzelnen Rosen angenehm zu machen. Wahrscheinlich hat es einer eingeführt, der kein Freund von großem Gepäck ist. So'n Ding kann man ja schließlich im Regenstirn mit sich führen.“

„Oder als Spazierstock“, fiel Paffen ein, der seitwärts mit Niebusch stand, sich aber kein Wort der Unterhaltung entgegen ließ.

„Auch das, Herr Doktor“, bemerkte Otti abermals lachend.

Graf Arthur wandte langsam den Kopf, und während er höflich wie zur Anerkennung nickte, hoben sich die Lider seiner blauen Augen und ein gleichgültig kalter Blick traf Paffen, der kaum einige Sekunden wahrte. Dann lächelte er wieder Otti an.

„Für uns Damen ist das übrigens ganz praktisch“, fuhr Otti fort. „Eine einzelne Rose bringt man rasch unter. Beweis hier am Gürtel. Und mit Chic und Grazie, wie?“

„Wie immer“, gab Arthur mit einem Kopfnicker zu. „Um so rascher verwelt sie aber auch.“

(Fortsetzung folgt.)

